V-01

1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen Einigung.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Antragsteller*in:	Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen Einigung.

Mit der ersten und einzigen freien Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März, dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten am 1. Juli und der Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August in Berlin wurden, neben vielen anderen Ereignissen, entscheidende Grundsteine die bis heute unser Leben beeinflussen gelegt. Mit dem Beitritt der Gebiete der DDR samt Ost-Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde die formale Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vollzogen. Mit dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ wurde ein schneller Beitritt der ostdeutschen Gebiete an Westdeutschland forciert, gestützt durch eine breite Mehrheit in der ostdeutschen Bevölkerung, die Stabilität suchte. Viele Bürgerrechtler*innen hätten sich ein anderes, langsameres und mitgestaltendes Vorgehen gewünscht. Die Chance auf eine echte gemeinsame Verfassung, mit einem breiten diskursiven Prozess wurde damit praktisch vertan.

Auf vielen Ebenen hingegen konnte 1990 die Basis für eine tolerante, ökologische und demokratische Wende in den neuen Bundesländern gelegt werden:

Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze muss Nationales Natur- und Gedenkmonument werden!

Die Entstehung von Nationalparks war ein wichtiger Schritt im Umwelt- und Naturschutz. Prof. Dr. Succow, stellvertretender Minister für Natur-, Umweltschutz und Wasserwirtschaft in der Volkskammer der DDR und für Ressourcenschutz und Landnutzungsplanung verantwortlich, gelang es, am 12. September 1990 in der letzten Sitzung der Volkskammer vor ihrer Auflösung, den Beschluss für ein Nationalpark-Programm, durchzusetzen. Mit dem Beschluss wurden sieben Prozent der Fläche der DDR als Nationalparks oder Biosphärenreservate unter strengen Naturschutz gestellt. Damit war die Grundlage für die Einrichtung vieler Naturschutz-Großreservate in Ostdeutschland gelegt. Als größter Biotopverbund Deutschlands ist das Grüne Band ein bedeutsamer Rückzugsort für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Heute leistet das Grüne Band nicht nur einen wichtigen Beitrag für den Erhalt von Biodiversität. Es ist gleichzeitig ein wichtiger Ort für das Gedenken an die vielen Menschen, denen im Todesstreifen das Leben genommen wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass das **gesamte** Grüne Band

Deutschland den Status eines Nationalen Naturmonuments erhält und die massiven Waldschäden der letzten Jahre gemeinsam angegangen werden.

Die Aufarbeitung der DDR ist eine gesamtdeutsche Aufgabe!

Mit der Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde, zwei Jahre nach dem Erstürmen der ersten Stasi-Zentralen, konnte ein bedeutsamer Teil der demokratischen Aufarbeitung beginnen. Für Opfer und Täter gibt es damit die Chance, sich mit ihrer Geschichte auseinander zu setzen und sich ihr zu stellen. Wir werten die Stasi-Unterlagen, in Form von Papier-, Ton-, Mikrofilm- oder Filmdokumenten sowie die Gedenkstätten des Stasi-Überwachungsstaates und auch die private und öffentliche Auseinandersetzung damit als unverzichtbares Erbe für unser demokratisches Selbstverständnis in ganz Deutschland. Mit der Gesetzesnovelle von September 2019 wurde leider die Möglichkeit verpasst, die notwendige Weiterentwicklung und Neustrukturierung der BStU-Behörde anzugehen.
Die Aufarbeitung der SED-Diktatur insbesondere, aber auch anderer Diktaturen, muss kontinuierlich fortgesetzt werden. Um Demokratie und Aufarbeitung zu erleben, zu sichern und zu verteidigen braucht es die Aufklärung über diktatorische Strukturen. Deshalb ist politische Bildungsarbeit in den Außenstellen der BStU, den authentischen Orten und Gedenkstätten von immenser Bedeutung und braucht Bestandsschutz. Wir sind den Generationen, die nach 1990 geboren sind, verpflichtet Zeitzeugnisse wissenschaftlich aufgearbeitet zugänglich zu machen. Damit können wir die Chance erhalten, Lehren aus dieser Zeit zu ziehen. Unsere Aufgabe ist es nicht nur Orte des Erinnerns zu erhalten, sondern auch, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen. Nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern, sondern bundesweit.

Die Leistung von Ost-Frauen anerkennen und ihren Kampf um Gleichberechtigung fortführen!

Es waren vor allem die jungen, gut ausgebildeten Frauen, die es nach dem Fall der Mauer in die alten Bundesländer zog. Sie brachten ihre Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben mit. Ein Leben in Vollzeiterwerbstätigkeit, mit guter Kinderbetreuung und angemessenen Löhnen. Gleichzeitig sahen sie sich einem gesellschaftlichen und rechtlichen Backlash ausgesetzt. Man erwartete scheinbar, dass Frauen auch in den neuen Ländern den Schritt zurück in die Häuslichkeit machen wollen würden und sich die ostdeutsche Gesellschaft zu 100% den westdeutschen Gepflogenheiten anpassen würde. Mit der Wiedervereinigung wurde auch die Debatte um den §218 Strafgesetzbuch erneut geführt. Als Bündnisgrüne setzen wir uns weiterhin für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein. Bei ungewollter Schwangerschaft verdienen Frauen keine Strafe, sondern das uneingeschränkte Recht, sich zu informieren. Die jetzigen gesetzlichen Regelungen bleiben in diesem Bereich immer noch weit hinter denen er ehemaligen DDR zurück. Es ist kaum erträglich, dass ein repressiver Staat hier formal progressiver war als unsere Gesetze heute. Wirtschaftliche und politische Führungsgremien in ganz Deutschland sind weitgehend Männerrunden, auch wenn es Unterschiede zwischen Ost und West hier gibt. Noch immer ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen, wie auch in technischen Berufen in den neuen Bundesländern höher, aber auch weiterhin deutlich von einer paritätischen

Besetzung entfernt. Die Frauenrechtler*innen waren mit Träger*innen der friedlichen Revolution. Ihren Kampf für mehr Gleichberechtigung weiterzuführen, sehen wir mit als unsere Aufgabe an. Um mehr Gleichberechtigung in Führungsgremien zu schaffen, wollen wir eine Frauenquote einführen. Damit Gleichberechtigung in den Parlamenten und in der Politik Realität wird, brauchen wir Parität - deutschlandweit und im Europaparlament.

Wirtschaft in Ostdeutschland durch Innovationen zukunftsfähig aufstellen!

Mit Inkrafttreten der Währungsunion und der damit einhergehenden Einführung der D-Mark gab es massive wirtschaftliche Umbrüche. Der Schnelligkeit zuliebe wurden wirtschaftliche Risiken in Kauf genommen, die drastische soziale Einschnitte für große Teile der Bevölkerung nach sich zogen. Die einsetzende Abwanderung vor allem aus ländlichen Regionen Ostdeutschlands schlägt sich heute noch in einer Überalterung der Gesellschaft nieder. Die Fachkräftesicherung ist dadurch sehr herausfordernd. Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft bleibt auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung um ca. ¼ schwächer als die Wirtschaft der alten Bundesländer. Deshalb braucht es einen besonderen wirtschaftspolitischen Fokus auf die ostdeutsche Wirtschaft, die überdurchschnittlich von dezentralen kleinen und Kleinstunternehmen geprägt ist Ostdeutschland ist Indikator für kommende gesellschaftliche Prozesse, weil sie hier schneller und oft härter abliefen und ablaufen, als anderswo. Dadurch ist Ostdeutschland Modell für viele strukturschwache, sehr ländlich geprägte, Regionen in ganz Europa, in denen die wirtschaftlichen, wie sozialen Prozesse zeitverzögert erfolgen.

Mit einer zielgenauen Wirtschaftsförderung können hier Masterpläne für zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen für strukturschwache Regionen in ganz Europa entwickelt werden.

TTT- Talente, Technologie, Toleranz sind die erfolgversprechenden Faktoren:

Wir wollen vorhandene Unternehmen in den Regionen stärken und bei ihrer Weiterentwicklung, insbesondere der technologischen, durch zielgerichtete Innovationsförderung unterstützen. Es geht darum, mit neuen und erweiterten Produkten an den Markt zu gehen und traditionelle Unternehmensbereiche mit Innovations- und Zukunftstechnologiebereichen in Clustern zu kombinieren. Dadurch entstehen starke Wirtschaftsnetzwerke, die in der Region auch der Anker für sozialen Wohlstand, die Unterstützung ehrenamtlicher und kultureller Strukturen darstellen.

Ausgründungen aus Hoch- und Fachschulen sind Innovationskerne, brauchen aber für einen Unternehmensaufbau gerade in strukturschwachen Regionen finanzielle Unterstützung. Und Fachkräfte kommen nur, wenn neben guten eigenen Karrieremöglichkeiten, auch die Familien, insbesondere ihre Kinder, Entwicklungschancen haben. Deshalb muss in den ländlichen Regionen die digitale und Gesundheitsinfrastruktur gut ausgebaut sein, eine lebendige und qualitativ hochwertige Bildungs- und Kulturarbeit existieren und ein attraktives Mobilitätsangebot vorhanden sein. Insbesondere Kleinstädten und Grundzentren, in denen bereits eine Wirtschafts- oder auch Bildungsstruktur vorhanden ist, haben

hierbei hohes Potential und können so auch die angrenzenden ländlichen Räume stärken.

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir unbedingt eine tolerante, demokratisch agierende Gesellschaft, die offen und selbstbestimmte Entwicklung aller Menschen unterstützt. Rassistische und rechtsextreme Vorfälle schrecken Unternehmen und Fachkräfte ab. Deshalb fordern wir eine aktive und gut ausfinanzierte politische Bildungs- und Demokratiearbeit und die nachhaltige Sicherung der vielen Akteure, die sich mit großem Engagement für eine tolerante und offenen Gesellschaft engagieren und gegen Rechtsextremismus kämpfen.

Mit dem Fall der Mauer vor rund 30 Jahren ist nicht nur die DDR verschwunden, sondern auch die aus Bonn heraus geprägte BRD. Die Wiedervereinigung hat unser Land in West und Ost, Nord und Süd bunter und vielfältiger gemacht. Solange aber Lebensleistungen, z.B. aus Carearbeit, nicht anerkannt werden und strukturelle Unterschiede für ungleiche Lebensverhältnisse im ländlich geprägten Osten und dem industriellen Westen fortbestehen, wird die deutsche Teilung nicht vollends überwunden sein.

Den Einigungsprozess vorantreiben und europäisch vervollständigen

Ein entscheidender Baustein in den Verhandlungen um die Wiedervereinigung war die endgültige Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, insbesondere der deutsch-polnischen Grenze. Diese Anerkennung der staatlichen Integrität Polens und damit verbunden das Bekenntnis eines demnächst wiedervereinigten Deutschlands zur deutsch-polnischen Freundschaft war ein entscheidender Grundstein für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische Gemeinschaft war nie eine Selbstverständlichkeit. Umso entscheidender ist es, dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen um diese Gemeinschaft ringen und sie auf Augenhöhe weiterentwickeln. Wir haben unterschiedliche Erfahrungen und Erinnerungen, sie prägen unser Erleben der derzeitigen Entwicklungen. Auch deshalb ist es so wichtig gemeinsam mit den Partner*innen der Zivilgesellschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die hart erkämpften Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Frauenrechte zu verteidigen.
Der Weg zur Einheit ist und war nicht immer einfach, doch er ist erfolgsversprechend. Sowenig wir die deutsche Einheit auf Grund von bisher nicht erreichten Zielen in Frage stellen, so wenig zweifeln wir die europäische Integration an.

Vereinigt sind wir stärker als vorher getrennt – das gilt auch für Europa.

weitere Antragsteller*innen

Dennis Helmich (KV Halle); Jenny Krüner (KV Chemnitz); Claudia Schulz (KV Rostock); Judith Haag (KV Mayen-Koblenz)